

# Soziologisches zur Pandemie II

von Tanja Carstensen, Imke Schmincke, Isabel Klein

## Eine Sammlung aktueller Wortmeldungen

Die Pandemie Covid-19 und die politischen Maßnahmen zu ihrer Einhegung haben zweifellos weitreichende Folgen für das soziale Leben, die in Umfang und Qualität noch nicht absehbar sind. Nichtsdestotrotz geht es schon jetzt darum, die aktuellen Veränderungen mit soziologischem Gespür einzuordnen und zu bewerten.

Dankenswerter Weise hat Andreas Häckermann in Teil I verschiedene soziologische Deutungsangebote zusammengetragen, die jeweils unterschiedliche Aspekte der gegenwärtigen Situation beleuchten. Was jedoch in der Zusammenschau noch nicht auftauchte, waren geschlechtersoziologische Perspektiven. Da rund um Covid-19 und die sozialen Folgen eine ganze Reihe an Themen mit deutlichem Gender-Bezug auftauchen – darunter die (medizinsoziologisch wichtige) Beobachtung, dass nach bisherigen Zahlen die Mortalitätsrate bei an Covid-19 erkrankten Männern sehr viel höher ist als bei Frauen – und in Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln zudem bereits seit Mitte März verschiedene Aspekte zum Thema Gender diskutiert werden, halten wir eine „Übersicht aktueller Wortmeldungen“ aus diesem Bereich für mehr als angebracht. Daher wollen wir hier in einem ersten Aufschlag geschlechtersoziologische Schlaglichter thematisch zusammentragen und geschlechtertheoretische Erkenntnisse und Perspektiven verdeutlichen, die für die soziologische Analyse sowie den gesellschaftlichen Umgang mit der Krise hilfreich sein können.

Clare Wenham forscht im Fachbereich Global Health Policy an der *London School of Economics* zu den geschlechtsspezifischen Effekten von Epidemien. Diese umfassen weitaus mehr als körperliche Symptome und Sterberaten. In einem kurzen Überblick zu den genderbezogenen Auswirkungen des Corona-Virus fasst Wenham gemeinsam mit Julia Smith und Rosemary Morgan erste empirische Beobachtungen aus China und den Folgen für das Geschlechterverhältnis zusammen. Die Forscherinnen fordern darin eindringlich, dass eine Reflexion der direkten und indirekten „sex and gender effects of the Covid-19 outbreak“ unumgänglich sei, damit eine effektive Bekämpfung der Pandemie soziale Ungleichheiten nicht verschärft. Auch Helen Lewis betont in ihrem Beitrag für die Zeitschrift *The Atlantic*, dass die sozialen und wirtschaftlichen Kosten für die Geschlechter durchaus ungleich seien, wie man auch aus den Untersuchungen zu Langzeitfolgen anderer Epidemien (u.a. SARS, Ebola, Zika) lernen könne.

Carolina Schwarz spricht in ihrem kurzen Überblick in der *taz* von einer „Krise der

Frauen“ und konstatiert, dass sich diskriminierende Strukturen in der Krise verstärkten. Ähnlich argumentiert auch Dominique Just in ihrem Beitrag im *Freitag* und schlussfolgert, dass in Zeiten der Corona-Krise sowohl feministische Analysen, als auch feministische Utopien gebraucht werden. Carolin Emcke hofft in ihrem Journal in der *Süddeutschen Zeitung*, dass die Krise vielleicht auch „ein Kontrastmittel“ sein kann, „das sichtbar macht, was in unseren Gesellschaften fehlt, was wir fahrlässig geschwächt haben, welche Ungleichheiten toleriert, wem Anerkennung verweigert wurde und wem angemessener Lohn“.

Ein Strang öffentlicher soziologischer Auseinandersetzungen mit der Pandemie versucht gegenwärtig, die veränderten Arbeitsbedingungen einzuordnen. Denn diese haben sich in den vergangenen zwei Wochen für die Meisten grundlegend gewandelt - allerdings auf sehr unterschiedliche Weise. Ein Teil der Erwerbstätigen hält sich nun im „Homeoffice“ auf, und während das Feuilleton darin eine Chance auf Entschleunigung entdeckt, verwiesen geschlechtersoziologisch informierte Perspektiven schnell darauf, dass der Versuch, von Zuhause zu arbeiten, zu einem „Spagat auf Kosten der Kümmerer“ wird, wie es u.a. Uta Kletzing, Referentin für Geschlechterpolitik bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, im Tagesspiegel formuliert. Sie erwartet, dass für Menschen mit Sorgeverpflichtungen „die kommenden Wochen und Monate eine echte Belastungsprobe sind bzw. werden“ und greift alte Forderungen der zweiten Frauenbewegung auf, „das Private“ mit seinen nun geforderten Vereinbarkeitsleistungen, Sorgearbeiten und Belastungen politischer zu sehen. Diese Belastungen angesichts der Mehrfachanforderungen durch zu Hause zu leistendes „Homeschooling“, Kinderbetreuung oder Pflege adressieren auch die Initiatorinnen des offenen Briefs für ein „Nicht-Semester“, Paula-Irene Villa Braslavsky, Ruth Mayer und Andrea Geier, hier mit Blick auf Studierende und insbesondere die oftmals prekär beschäftigten Lehrenden. Letztere stünden „unter einem enormen Druck, weil ihre Verträge befristet sind. Sie haben Kinder oder sind sogar alleinerziehend, müssen Lehre und Kinderbetreuung jetzt also gleichzeitig hinbekommen.“

Die geschlechtersoziologische Forschung verwies indessen schon vor der Pandemie auf die ungleichheitsverstärkenden Effekte von „Homeoffice“-Regelungen für die Aufteilung häuslicher Arbeiten (vgl. etwa die Studie von Yvonne Lott). Einiges spricht dafür, dass die Corona-Krise diese Tendenz zuspitzt. In dem bereits erwähnten Artikel äußert Helen Lewis die Befürchtung, dass in der aktuellen Situation die Arbeitsteilung von Paaren durch Schulschließungen und Kontaktsperren zusammenbrechen, da die bezahlten Anbieter - Kindergärten, Schulen, Babysitter - wegbrechen: „Das Coronavirus macht in den Industriestaaten die Vereinbarung vieler Doppelverdiener-Paare zunichte: Wir können beide arbeiten, weil jemand anders unsere Kinder betreut.“ Sie geht davon aus, dass Frauen die Hauptlast der nach Hause verlagerten Care-Arbeit übernehmen: „[E]ine besonders frappierende Folge des Coronavirus ist, dass er viele Paare in die fünfziger Jahre zurückkatapultiert. Überall auf der Welt wird die Unabhängigkeit von Frauen still und leise der Pandemie zum Opfer fallen“, so Lewis. Leah Ruppanner, Soziologin an der University of Melbourne, hält allerdings auch das

Gegenteil für möglich. Sie erwartet, dass die Selbstisolation Paare dazu zwingt, sich gegenseitig in den alltäglichen Routinen zu beobachten und wahrzunehmen. Dabei würden die für die Partner\*in häufig unsichtbare Haushaltsarbeit, Kinderbetreuung und die damit verbundenen Belastungen sichtbar. Welche Auswirkungen diese Veränderungen am Ende auf die Arbeit und das Familienleben haben, ist daher eine soziologisch höchst interessante Frage, die das WZB bereits mit einer aktuellen Umfrage untersucht.

Caitlyn Collins, Soziologin an der Washington University in St. Louis, lenkt den Blick auf den Aufwand, mit dem die Sorgearbeiten gerade von Frauen normalerweise bewusst aus der Sphäre der Erwerbsarbeit herausgehalten werden: „Women tend to be penalized for any signal that they are caregivers in the workplace, whereas men tend to receive benefits.“ Angesichts von Videokonferenzen aus dem „Homeoffice“ bei gleichzeitiger Anwesenheit von im Bild herumhüpfenden Kindern sei dies nicht mehr aufrechtzuerhalten, denn das Private und die eigene Rolle als Sorgende ließen sich nicht mehr ausblenden. Work-Life-Balance war sowieso immer eine Lüge, schreibt auch Danielle J. Lindemann von der *Lehigh University*: „By bringing domestic life and work into radical collision, Covid-19 has destroyed the façade of our work-life balance.“

Besonders belastend ist die Situation für Alleinerziehende. Kletzing fordert daher im oben erwähnten Artikel insgesamt einen „schärferen Blick (...) für die Verschiedenheit der Lebenssituationen“. „Homeoffice“ habe „für Kolleg\*innen ohne betreuungsbedürftige Kinder - darunter Alleinlebende - und für Kolleg\*innen mit betreuungsbedürftigen Kindern - darunter Alleinerziehende - ganz unterschiedliche Effekte.“

Nach Entschleunigung klingt das alles nicht unbedingt. Diese Belastungen im ‚Homeoffice‘ muten allerdings noch vergleichsweise privilegiert an, angesichts der inzwischen ‚systemrelevant‘ genannten Arbeiten, die weiterhin am Arbeitsplatz ausgeführt werden müssen und die die grundlegende Infrastruktur der Krisenbewältigung darstellen und damit neben allen anderen Belastungen nicht zuletzt einem höheren Ansteckungsrisiko ausgesetzt sind. Das thematisiert Angela McRobbie von der Goldsmiths University of London, die in ihrem Verso-Blog-Eintrag von ihren eigenen Erfahrungen als Covid-19-Erkrankte im Krankenhaus berichtet: „Our low-paid workers are our lifeline“. Beschäftigte in Krankenhäusern, aber auch in anderen Dienstleistungssektoren - sie nennt Flugbegleiter\*innen und Kassierer\*innen - würden durch die herrschenden Arbeitsbedingungen (niedriger Lohn, extensive Zeiten) keine Möglichkeiten für Weiterbildungen o.ä. haben, um diesem Sektor zu entkommen. Während der Corona-Pandemie seien es aber sie, die den Risiken einer Infektion nicht nur am stärksten ausgesetzt sind, sondern deren Arbeit auch unabdingbar für die gesellschaftliche Infrastruktur ist. Als Schlussfolgerung formuliert sie, dass es die Aufgabe der Sozialwissenschaften sei, diese Missstände auch nach der Pandemie weiter zu analysieren und anzuprangern: „If social scientists have any role to play (and in the last 2 weeks I have doubted my own professional value indeed in comparison to virologists epidemiologists not to

say health staff) then we can clamour loudly for a new world after the virus which permits the service sector to be able to see true improvement in wages, conditions and also opportunity to gain more qualifications.”

Auch Alisha Haridasani Gupta von der NY Times stellt fest: „The roles that women have in society could place them squarely in the virus’s path“. Pfleger\*innen, Betreuer\*innen und Kassierer\*innen würden zwar nun als „Heldinnen“, als „Frauen, die das Land rocken“ oder mit Angela Merkel als diejenigen, die „buchstäblich den Laden am Laufen halten“ bezeichnet. Gleichzeitig fielen jedoch Relevanz und Bezahlung ungebrochen weit auseinander. Auf die Arbeitsbedingungen dieser Berufsgruppen und deren historisch gewachsenen hohen Frauenanteil haben in den vergangenen Tagen unter anderem auch Lena Hipp vom WZB und Marita Jacob von der Universität zu Köln hingewiesen.

Josefine Koebe, Claire Samtleben, Annekatriin Schrenker und Aline Zucco vom DIW belegen das unterdurchschnittliche Lohn- und Prestigeniveau der so genannten systemrelevanten Berufe mit Zahlen: „Insgesamt lässt sich feststellen, dass über 90 Prozent der Beschäftigten in Berufen, die aktuell der kritischen Infrastruktur zugeordnet werden, nur einen unterdurchschnittlichen Lohn bekommen“, lautet ihr Fazit; zudem kommen sie in ihrer Untersuchung zu dem Ergebnis, dass 75% der ‚systemrelevanten‘ Berufe von Frauen ausgeübt werden. Sie fordern, dass „auf kollektive Dankbarkeit konkrete Maßnahmen folgen [sollten], beispielsweise eine höhere Entlohnung sowie breitere tarifvertragliche Absicherung.“ Lena Hipp sieht hierfür durchaus Chancen: „Die Arbeit von Frauen sowohl in der Pflege als auch in den Dienstleistungsberufen wird plötzlich sichtbarer – was zu mehr Wertschätzung führen könnte.“

Dass die Problemlagen noch heterogener sind, wird zudem deutlich mit Blick auf all diejenigen, denen zurzeit komplett das Einkommen wegbricht, die ihre Arbeit verloren haben, insbesondere prekär Beschäftigte, und auch hier unterscheiden sich die Lebenssituationen massiv entlang verschiedener Ungleichheitskategorien wie Bildung oder Herkunft. Soloselbständige Kreative verlieren ihre Einkünfte, weil Auftritte und Aufträge abgesagt wurden, (informelle) Haushaltshilfen dürfen nicht mehr in die Wohnungen der Auftraggeber\*innen und haben in den meisten Fällen keine Möglichkeit, an Gelder aus dem Corona-Schutzschirm zu kommen, wie Tina Kaiser in der *Welt* schreibt. Zudem sind sie, da zumeist migrantischer Herkunft, massiv von den Reisebeschränkungen betroffen, wie Wenham, Smith und Morgan herausstellen: “Travel restrictions cause financial challenges and uncertainty for mostly female foreign domestic workers, many of whom travel in southeast Asia between the Philippines, Indonesia, Hong Kong, and Singapore”. Sexarbeiter\*innen als sowieso hochgradig vulnerabler Berufsgruppe wird ebenfalls die Existenzgrundlage entzogen, wie Stephanie Klee und Kathrin Schrader in einem Interview betonen.

Inwiefern sich Ungleichheiten in anderen Ländern, insbesondere im globalen

Süden, durch Arbeitslosigkeit und Einkommensverluste verschärfen, lässt sich mit Blick auf eine Studie von Dala T. Korkoya und Francis F. Wreh nachvollziehen, die zu den Auswirkungen des Ebola-Ausbruchs durchgeführt wurde und auf die in aktuellen Analysen verwiesen wird (z.B. von David Evans auf den Seiten des Center for Global Development). Für Liberia zeigt die Studie, dass dort von den durch Reisebeschränkungen besonders betroffenen Kleinhändler\*innen 70 % Frauen waren. Daniel Evans und Mead Over vermuten, dass die ökonomischen Folgen in Ländern mit niedrigem Einkommen Frauen besonders, beispielsweise in Form von Arbeitslosigkeit, betreffen werden.

Diese Analysen der Arbeitsbedingungen verweisen aber auch auf ein grundsätzliches Strukturproblem unserer Gesellschaft, nämlich den Umgang mit Care und Verletzbarkeit. Im Samstags-Essay der *Süddeutschen Zeitung* beschreibt Barbara Vorsamer, wie die Corona-Pandemie die Care-Krise nicht nur verstärkt, sondern auch sichtbar macht. Mehrere prominente soziologische Geschlechterforscher\*innen, die sich mit diesem Thema seit Jahren in ihrer Forschung auseinandersetzen, haben sich dazu ebenso jüngst geäußert.

So erklärt Gabriele Winker, Mitbegründerin des Netzwerks „Care Revolution“, im Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* den Zusammenhang der nun als systemrelevant deklarierten Arbeit mit kapitalistischen Geschlechterverhältnissen. Sie kritisiert, dass die ‚systemrelevante‘ Erwerbsarbeit, die mehrheitlich Frauen leisteten, mehr als nur symbolisch aufgewertet werden müsse. Die schlechte Bezahlung feminisierter Sorgearbeit liege in der kapitalistischen Organisation von Gesellschaft begründet, die diese als nicht-produktiv abwerte und sich in der politischen und staatlichen Regulation eben dieser niederschläge: „Wenn Sorgearbeit von Institutionen wie Pflegeheimen, Kitas oder Krankenhäusern übernommen wird, setzt die derzeitige neoliberale Politik alles daran, auch dort die Kosten möglichst gering zu halten.“ Gleichzeitig mahnt Winker an, dass die unbezahlte, im Privaten verrichtete Fürsorgearbeit weiterhin vergessen werde, obgleich sie durch die Corona-Krise in noch stärkerem Ausmaß gefordert und vorausgesetzt wird. Eine kurzfristige Lösung sieht Winker in der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, eine langfristige in einer Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit.

Auch Barbara Thiessen kritisiert in einem Interview mit der *Zeit*, dass die Anerkennung, die (mehrheitlich) Frauen in systemrelevanten Berufen erhalten, vor allem rhetorischer Art sei. Dies begründet sie historisch und verweist darauf, dass „Berufe, die nah an der Hausarbeit sind, bis heute mythologisiert und gleichzeitig entwertet [werden].“ Thiessen betont, dass in der Corona-Krise insbesondere zwei latente Krisen des Gesundheitssystems deutlich würden: zum einen, dass die Arbeitsbedingungen in Sorgetätigkeiten auch ohne Pandemie schlecht bezahlt und körperlich wie emotional belastend sind. Zum anderen lege die Krise offen, dass Sorge- und Pflege in der Bundesrepublik in einem hohen Maß vom globalen Arbeitsmarkt abhängig sind, der nun teilweise durch nationale Grenzsicherungen zusammenzubrechen droht (vgl. dazu einen Beitrag der Tagesschau), gleichzeitig

aber durch die Anwerbung philippinischer Pflegekräfte weiter angezapft wird (vgl. dazu eine DPA-Notiz in der SZ).

Die Fixierung auf Erwerbsarbeit und Autonomie problematisiert Paula-Irene Villa Braslavsky im Interview mit WDR5. Sie betont, dass sich unsere gegenwärtige Gesellschaft durch zwei Fetische auszeichnet, eine „Fixierung auf Erwerbsarbeit als Form der sozialen Anerkennung“ ebenso wie auf „Autonomie als Lebensziel“. Sie plädiert für eine stärkere politische „Hinwendung zu den Bedürfnissen lebendiger Wesen“ im Sinne einer „Neujustierung“ und dafür, nach der Krise insbesondere zwei Eckpfeiler gesellschaftlicher Organisation zu reevaluieren. Zum einen seien eine bessere Bezahlung, mehr Zeit und sicherere Arbeitsplätze im bezahlten Care Sektor erforderlich, denn dieser sei auch „außerhalb von Pandemien“ systemrelevant; zum anderen müsse die Sozialpolitik endlich auch unbezahlte Arbeit berücksichtigen.

Dem Autonomiefetisch setz(t)en, so Mike Laufenberg in einem Videostatement, das im Rahmen des *Corona Glossars* des Frankfurter Arbeitskreises veröffentlicht wurde, historische soziale Bewegungen die Kollektivierung von Sorge entgegen. Seinen Beitrag schließt Laufenberg mit der Diagnose: „Kollektivierung von Sorgearbeit durchbricht soziale Isolation“. Er wirft einen analytisch-historischen Blick auf die durch die Corona-Pandemie sichtbar gewordene Care-Krise, aber auch damit verbundene neue Formen des Care-Aktivismus - online und offline. Für ihn zeigt sich mit Blick auf zwei historische „Sorge-Bewegungen“ - die „Lohn für Hausarbeit“-Kampagne der 1970er und den AIDS-Aktivismus der 1980er Jahre - dass deren Ziel, die Kollektivierung von Sorge, keine „Notlösung“ in einer Krise seien, sondern „ein Transformationsmedium“. Die historischen Vorläufer von Care-Bewegungen in Krisenzeiten zeigten, dass nicht die Furcht vor Abhängigkeit, sondern die Anerkennung eben dieser kollektive politische Kräfte entfalten kann. Beide Bewegungen, die die Sorge ins Zentrum ihres Aktivismus stellen, „fürchten sich nicht vor Interdependenz, sondern resultieren aus der Einsicht wechselseitiger Verletzbarkeit“ und könnten so „Fluchtlinien aus der Gesellschaft der Vereinzelung und Individualisierung sozialer und gesundheitlicher Risiken darstellen“, so Laufenbergs Fazit.

Die Anerkennung der wechselseitigen Angewiesenheit und Verletzbarkeit des Lebens als *conditio humana* und ‚altes‘ Thema der Geschlechterforschung, das nun durch die Covid-19 Pandemie virulent wird, ist auch Gegenstand weiterer geschlechtersoziologisch informierter Texte. Auf *Antipode Online* schreiben Abigail H. Neely und Patricia J. Lopez: „The Covid-19 outbreak reminds us that bodies are vulnerable and require care throughout the life course“ und diskutieren Traditionslinien der Geschlechterforschung im Lichte aktueller politischer Ereignisse. Sie betonen, dass die in der Krise stattfindende Auflösung von ‚privat‘ und ‚öffentlich‘ als Grundpfeiler kapitalistischer organisierter Gesellschaften und damit verbundener Ungleichheiten eine Möglichkeit sein könne, die Interdependenzen gesellschaftlichen Lebens sichtbar zu machen. Dass der Corona-Virus die Prekarität allen Lebens global sichtbar macht, schreibt

auch Judith Butler: „[T]he virus demonstrates that the global human community is equally precarious“. Dem setzt sie aber gleichsam entgegen, dass insbesondere nationale Krisenpläne – ebenso wie deren Versagen – globale und lokale Ungleichheiten reproduzierten. Butler fürchtet ein Szenario, in dem zwar der Virus potentiell alle betrifft, manche Leben aber durch kapitalistische Verteilungslogik mehr geschützt werden als andere. Mit Blick auf den amerikanischen Wahlkampf sowie Trumps Versuch, Rechte an einem Impfstoff gegen den Corona Virus exklusiv zu kaufen, formuliert sie als wichtige Frage: „[W]hy are we as a people still opposed to treating all lives as if they were of equal value?“

Vanessa Thompson verweist in ihrem Beitrag zu Black Feminism im Rahmen des erwähnten *Corona Glossars* angesichts der gegenwärtigen Verbreitung von Covid-19 als Lungenerkrankung auf die Kontinuitäten der Erfahrung „I can't breathe“, u.a. aufgegriffen von Aktivist\*innen nach dem Tod Eric Garners, der diesen bei seiner Verhaftung um sein Leben ringend mehrmals schrie, vor allem aber als Verweis auf die Geschichte des Schwarzen Feminismus und die „historischen und gelebten Wissensarchive von Schwarzen und anderen rassifizierten, deprivilegierten Menschen“. Diese „Erfahrung der Verunmöglichung von Atmen“ würde im Rahmen der Krise jetzt pandemisch, öffne aber auch Raum für neue Aushandlungen.[1]

Inwieweit Gesellschaft in Zeiten von Corona als Ausnahmezustand verhandelt oder als Notgemeinschaft beschworen wird, hängt von politischen Strategien und Kalkülen ab. Klar ist jedoch schon jetzt, dass sich in der Weise, wie auf die Ausnahme-Situation von staatlicher Seite reagiert wird – etwa mit der Einschränkung demokratischer Grundrechte – unterschiedliche Muster feststellen lassen. Inwieweit sich ein stärker männlich konnotierter Politik-Stil des Machers und Entscheiders, der keine Diskussionen und Zweifel zulässt, durchsetzen wird, bleibt abzuwarten. Ebenso bleibt zukünftigen Analysen vorbehalten, inwieweit sich mit Corona das Politische nachhaltig verändert und wie sehr diese Veränderungen auch die Rückkehr traditioneller Geschlechternormen miteinschließt. Aber selbst der in letzten Jahren verstärkt aufkommende Antifeminismus, der von kleinen aber lauten Gruppierungen befeuert wird, versucht noch aus der Corona-Krise Kapital zu schlagen, wie Philippe Debionne in der *Berliner Zeitung* zu berichten weiß. Interessante analytische Hinweise sind von affekttheoretischen Ansätzen zu erwarten, die nicht zuletzt in der Körper- und Geschlechtersoziologie diskutiert werden. Die Krise mobilisiert Ängste, die sich in den verschiedensten Handlungen und Symptomen niederschlagen, unter anderem in Hamsterkäufen.

Während sich einerseits in den länderspezifischen Verordnungen zur Ausgangssperre unterschiedliche Vorstellungen von familialen Lebensformen und Zusammenleben ausdrücken – so ist in der Beschränkung der erlaubten Kontakte mal von Familie, mal von Mitgliedern eines Haushalts die Rede, in vielen Bundesländern ist der erlaubte Kontakt nur nominell beschränkt, auf zwei Personen, ungeachtet deren Beziehungsstatus – , wird andererseits als ein soziales Problem der räumlichen Isolation häufig die Zunahme häuslicher und damit

familialer Gewalt genannt. Im *Guardian* berichten Redakteur\*innen, dass sich in China in der Provinz Hubai die Zahl der angezeigten Fälle im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht hat und dass sich ähnliche Tendenzen für weitere Länder (Spanien, Italien, Brasilien, Deutschland) abzeichneten, in denen ähnliche Formen der Quarantäne den Alltag bestimmten. Die europäische Generalsekretärin des Europarats beobachtet eine Zunahme von Hilferufen über das Internet, wie Ulrike Nimz und Edeltraud Rattenhuber in einem SZ-Artikel berichten. Expert\*innen warnen davor, dass viele Betroffene aufgrund der häuslichen Situation sehr viel schwieriger Telefonnotdienste in Anspruch nehmen könnten. Das Bundesministerium für Familie versucht die Kapazität von Notaufnahmen zu erweitern. Häusliche Gewalt ist kein neues Phänomen und sie trifft nicht ausschließlich, aber mehrheitlich Frauen und Kinder. Ängste und Stress sowie die räumliche Konzentration begünstigen Formen von Gewalt – aber wie die Geschlechter- und Männlichkeitsforschung seit Jahren zeigt, ist diese Teil hegemonialer Vorstellung von Männlichkeit und eine ihrer zentralen Ressourcen.

Wenn mit Carolin Emcke gesprochen die Corona-Krise ein Kontrastmittel gesellschaftlicher Verhältnisse ist, dann lässt sich anfügen, dass dies in den vorgestellten geschlechtersoziologischen Perspektiven zum Thema sehr sichtbar wird. Als Fluchtpunkte lassen sich in den hier genannten Beiträgen in diesem Sinne zwei Forschungstraditionen und Paradigmen der Geschlechterforschung ausmachen. Erstens wird in den meisten Beiträgen deutlich, dass intersektionale Perspektiven unabdingbar sind, wenn man genauer verstehen will, dass der Virus zwar potentiell alle Menschen gleichermaßen treffen kann, dass die sozialen Folgen des gesellschaftlichen Umgangs mit der Pandemie jedoch höchst ungleich verteilt sind. Vanessa Thompson etwa zeigt dies in ihrem bereits erwähnten Beitrag, wenn sie mit explizit intersektionalem Blick verdeutlicht, dass die Gesundheitsimperative „wash your hands“ und „stay at home“ nicht von allen gleichermaßen umsetzbar sind. Die Perspektivenerweiterung und die damit verbundene Selbstreflexivität der eigenen Position ist für soziologische Erkenntnis unumgänglich.

In diesem Zusammenhang muss es auch darum gehen, die Vulnerabilität unterschiedlicher Gruppen zu thematisieren. Frauen und Queers/LGBTQI sind mit der Verletzbarkeit des Lebens immer schon mehr konfrontiert, durch Gewalt, Gebären und Abtreibung, durch Reproduktionsarbeit, Fürsorge und Kümmern, durch Gewalt an „anderen Körpern“. Das wurde verschiedentlich in der feministischen Forschung auch theoretisch reflektiert. Mit dem Stichwort Verletzbarkeit und Abhängigkeit verbunden, ist auch die zweite Einsicht aus der Geschlechterforschung, die in vielen aktuellen Analysen jetzt zum Tragen kommt, dass eine Gesellschaft, die das Ökonomische priorisiert, dauerhaft ihre eigenen Grundlagen untergräbt. Aus der Kritik an geschlechterblinden Analysen, die die Relevanz der Reproduktion für die Produktion von Wert vernachlässigen, hat sich in der Geschlechterforschung eine Ethik der Sorge um Andere entwickelt, die dafür argumentiert, diese zum Ausgangspunkt einer gesellschaftlichen Organisation von unter anderem Arbeit zu nehmen.



## Fußnoten

[1] Alle hier zusammengefassten Fragestellungen um zwei zentrale Themen der Geschlechterforschung - Fürsorge (Care) und die Prekarität des Lebens (sowie deren Regierung) - greift auch ein Call der Zeitschrift *femina politica* auf: bis zum 21. April wird um Beiträge gebeten, die sich mit den Fragen nach „Sorge und Verletzbarkeit (...) als Grundlage menschlichen Zusammenlebens (...) und der Anerkennung wechselseitiger Abhängigkeit “ beschäftigen. Auch über diesen Call hinaus wird es für die (nicht nur geschlechtersoziologisch informierte) Sozialforschung während und nach der Pandemie wichtig sein zu fragen, „wessen Leben wird vergessen zu verteidigen“ (in den Worten der Herausgeberinnen Brigitte Bargetz und Magdalena Freudenschuss).